

## **Art. 79 Entscheidung über den Antrag auf Einleitung des berufsgerichtlichen Verfahrens**

(1) <sup>1</sup>Erweist sich der Antrag auf Eröffnung des berufsgerichtlichen Verfahrens als unzulässig oder als offensichtlich unbegründet, so kann das Berufsgeschicht den Antrag durch Beschluss zurückweisen. <sup>2</sup>Es kann den Antrag auch zurückweisen, wenn die Durchführung eines Verfahrens wegen der Geringfügigkeit der erhobenen Beschuldigung nicht erforderlich erscheint; hält es die Voraussetzungen für das Verfahren nach Art. 38 für gegeben, so übersendet es nach Ablauf der Frist des Abs. 2 die Akten der für die Erteilung der Rüge zuständigen Berufsvertretung.

(2) Gegen die Zurückweisung des Antrags nach Abs. 1 kann der Antragsteller innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung die Beschlussfassung des Berufsgeschichts in der Besetzung nach Art. 69 Abs. 1 Satz 1 beantragen.

(3) <sup>1</sup>Wird der Antrag nicht nach Abs. 1 zurückgewiesen oder hat das Berufsgeschicht den Beschluss nach Absatz 1 aufgehoben, so stellt der Vorsitzende den Antrag dem Beschuldigten und den übrigen Antragsberechtigten mit der Aufforderung zu, sich innerhalb eines Monats zu dem Antrag zu äußern. <sup>2</sup>Die Antragsberechtigten können dem berufsgerichtlichen Verfahren durch eine schriftliche Erklärung gegenüber dem Berufsgeschicht in jeder Lage des Verfahrens als Antragsteller beitreten. <sup>3</sup>Die Beitrittserklärung ist dem Beschuldigten und dem Antragsteller mitzuteilen.